



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 20.06.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
am Dienstag, 25. Juni 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.05.2024

2. 24-F-63-0028

ANLAGE

Invasive Krebsarten in Wiesbadens Gewässern

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 02.05.2024 -
- Beschluss Nr. 24 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 14.05.2024 -

3. 24-A-77-0001

Aktueller Sachstand zur Schweinepest in Wiesbaden

- Mündlicher Bericht des Magistrats -

4. 24-F-22-0025

Pilotprojekt „Mehrweg-Modell-Stadt“

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 18.06.2024 -

Seit dem 1. Januar 2023 gilt die Mehrwegsangebotspflicht in Deutschland, durch die Restaurants und Cafés Speisen und Getränke auch in Mehrwegbehältern anbieten müssen. Vom 26. Februar 2024 bis 26. April 2024 wurde das Pilotprojekt „Mehrweg-Modell-Stadt“ der Initiative „Reusable To-Go“ mit 20 Rücknahmesäulen für unterschiedliche Mehrwegbecher in Wiesbaden durchgeführt. Das Projekt soll die Nutzung von Mehrwegverpackungen fördern und die Gastronomiebetriebe und Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Umsetzung nachhaltiger Praktiken unterstützen.

Der Ausschuss Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie das „Mehrweg-Modell-Stadt“ in der Pilotphase in Wiesbaden angenommen wurde.
 - a. Welche Rolle spielen die unterschiedlichen Standorte der Rücknahmesäulen in Wiesbaden? Welche Standorte wurden bevorzugt genutzt?
 - b. Gibt es Feedback/Verbesserungsvorschläge seitens der Bevölkerung, der Restaurants und Cafés zu dem Projekt in Wiesbaden?
2. welche Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt gezogen wurden.
 - a. Welche Herausforderungen gab es?
 - b. Wie hat die Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Unternehmen und Verbrauchern in der Pilotphase funktioniert?
3. ob es bereits Pläne zur Fortsetzung des Projektes gibt.

5. 24-F-63-0052

Kommunale Biodiversitätsstrategie

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 19.06.2024 -

Wiesbaden ist Mitglied des Bündnisses Kommunen für biologische Vielfalt (www.kommbio.de). Viele der Mitgliedskommunen wie etwa Berlin, Heidelberg oder auch Mainz haben bereits kommunale Biodiversitätsstrategien entwickelt, um die auch auf übergeordneten Ebenen formulierten Aufgaben zum Schutz der biologischen Vielfalt (aktuell: Verabschiedung der europäischen Verordnung zur Wiederherstellung der Natur durch den EU-Umweltrat) durch konkrete Maßnahmen vor Ort umzusetzen.

In Wiesbaden muss eine solche gesamtstädtische Biodiversitätsstrategie den Erhalt und die Wiederherstellung von dauerhaften Lebensräumen für die hoch bedrohten Offenlandarten ebenso beinhalten wie die Nutzung des großen Potenzials für urbane Biodiversität.

Für die Erarbeitung einer Wiesbadener Biodiversitätsstrategie können die bereits vorhandenen Beispiele anderer Kommunen herangezogen werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, eine kommunale Biodiversitätsstrategie zu erarbeiten. Sofern hierfür zusätzliche Mittel erforderlich sind, müssen diese in den Haushaltsberatungen als weiterer Bedarf angemeldet werden.
2. Der Magistrat wird gebeten, zu den Angeboten und Aktivitäten der Wiesbadener Woche der biologischen Vielfalt im Mai 2024 zu berichten.

6. 24-F-63-0048

Kommunale Auswirkungen des Klima-Anpassungsgesetzes

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 18.06.2024 -

Zum 01. Juli 2024 tritt das Bundes-Klimaanpassungsgesetz in Kraft. Mit diesem wird erstmals ein strategischer Rahmen für eine vorsorgende Klimaanpassung auf allen Verwaltungsebenen geschaffen. Für das Gebiet jeder Gemeinde und jedes Kreises soll ein integriertes Klimaanpassungskonzept aufgestellt werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Wie wird die Stadt Wiesbaden bei ihren schon heute stattfindenden Klimaanpassungsmaßnahmen durch das o.g. Gesetz unterstützt?
2. In welchen Bereichen besteht darüber hinaus zusätzlicher Handlungsbedarf?
3. Mit welchen Kosten und Förderungen kann die LHW dabei rechnen?
4. Wie werden die Aktivitäten zum Klimaschutz mit denen der Klimaanpassung verzahnt?

7. 24-F-22-0026

Erstmaliger Nachweis der Afrikanischen Schweinepest in Hessen - Auswirkungen auf Wiesbaden als „infiziertes Gebiet“

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 18.06.2024 -

Die Afrikanische Schweinepest, die kürzlich bei einem Schweinekadaver in der Nähe von Rüsselsheim festgestellt wurde, stellt eine ernste Bedrohung für die Tiergesundheit und die Landwirtschaft in der Region dar. Auch weite Teile von Wiesbaden gelten nun als „infiziertes Gebiet“ und sind damit von Einschränkungen wie der Leinenpflicht für Hunde und einem Jagdverbot betroffen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. Wie erfolgt derzeit die Überwachung der Wild- und Hausschweinbestände in Wiesbaden und Umgebung?
2. Welche Unterstützung bietet der Magistrat den örtlichen Landwirten und Jägern an, um die Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest zu minimieren und wie ist die Zusammenarbeit zwischen Veterinäramt, Landwirten und Jägern in Wiesbaden organisiert, um die Afrikanische Schweinepest effektiv zu bekämpfen?
3. Gibt es Pläne für eine öffentliche Informationskampagne, um die Bürgerinnen und Bürger über Risiken und Präventionsmaßnahmen aufzuklären?
4. Welche langfristigen Auswirkungen hat die Afrikanische Schweinepest auf landwirtschaftliche Betriebe und Wildschweinpopulationen in den bereits in der Vergangenheit betroffenen deutschen Regionen und welche Lehren können daraus für Wiesbaden gezogen werden?

8. 24-F-55-0004

Klimagutachten & VDI Richtlinie 3787 Blatt 5 Umweltmeteorologie - Lokale Kaltluft

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 19.06.2024 -

Ein bedeutendes Projekt beim Entstehen des FNP ist das stadtweite Klimagutachten für Wiesbaden, das vom Institut für Klima- und Energiekonzepte (INKEK, Kassel) in Zusammenarbeit mit dem städtischen Umweltamt und dem Stadtplanungsamt erstellt wird. Dieses Gutachten soll ein umfassendes Verständnis des Stadtklimas schaffen und basiert auf detaillierten Untersuchungen. Es werden gesamtstädtische Klimaanalysekarten und Planungshinweiskarten erstellt, um konkrete Planungsempfehlungen zur Anpassung an den Klimawandel zu liefern. Wichtige Faktoren wie Wärmeinseln und Frischluftschneisen werden dabei besonders berücksichtigt.

Die stadtweite Klimaanalyse wurde vor längerer Zeit zwar angekündigt, liegt aber den Gremien noch nicht vor. Für das Projekt Ostfeld wurde bereits eine Detailanalyse der stadtklimatischen Auswirkungen auf Kaltluftentstehung und -abfluss in die bewohnten Gebiete erstellt. Der Gutachter kam im Oktober 2023 zu dem Schluss, dass die Entwicklungsmaßnahme „erhebliche stadtklimatische Auswirkungen auf den Kaltluftabfluss „Wäschbachtal“ und „Ostfeld“ habe und bei Berücksichtigung von Klimaanpassungsmaßnahmen die Auswirkungen „als hinnehmbar“ einzuordnen seien. Die Wettbewerbsbeiträge sind auf diese Anforderungen hin zu prüfen.

Angesichts des schon weit fortgeschrittenen Wettbewerbs zum Ostfeld und der anstehenden Diskussion über den neuen FNP sollten sich die politischen Gremien mit der Frage einer klimasensiblen Stadtplanung vertiefend auseinandersetzen, die Grundlagen kennen, um die anstehenden Entscheidungen in ausreichender Kenntnis der Konsequenzen auf Gesundheit und Lebensqualität der Bevölkerung zu treffen, die auch vor dem Hintergrund des dramatisch fortschreitenden Klimakatastrophe zunehmend gefährdet ist.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in dem Themenkomplex neuer FNP ist die neue VDI-Richtlinie 3787 Blatt 5 „Umweltmeteorologie - Lokale Kaltluft“, die im März 2024 veröffentlicht wurde. Diese Richtlinie beschreibt die wissenschaftlichen Grundlagen und Methoden zur Ersteinschätzung der Relevanz und Wirkung von Kaltluftprozessen in Siedlungsgebieten. Lokale Kaltluft kann das örtliche Klima erheblich beeinflussen und gewinnt angesichts des Klimawandels an Bedeutung.

Die Richtlinie bietet eine objektive Basis zur Berücksichtigung von Kaltluft in der Stadt- und Umweltplanung und unterstützt die Anpassung städtischer Gebiete an den Klimawandel.

VDI Richtlinien werden von Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis erarbeitet und regelmäßig aktualisiert. In Gesetzen und Verordnungen wird oft auf die Einhaltung der "allgemein anerkannten Regeln der Technik" verwiesen. Hier kommen die VDI-Richtlinien zum Tragen. Gerichte und Behörden erkennen VDI-Richtlinien als Stand der Technik an. Eine Abweichung muss begründet werden. Für Ingenieure und Planer stellen sie wichtige Arbeitsgrundlagen und Orientierungshilfen dar, um rechtssichere und fachgerechte Lösungen zu finden. Die VDI Richtlinie 3787 beschäftigt sich mit lokalen Kaltluftgebieten. Durch den menschengemachten Klimawandel werden diese Kaltluftgebiete in urbanen Räumen, wie der Landeshauptstadt Wiesbaden, immer wichtiger. Da auf versiegelten Flächen die Bodentemperatur deutlich langsamer sinkt als auf natürlichen Flächen, kommt es in Teilen Wiesbadens zu immer mehr Tropennächten. Diese sind vor allem für ältere Menschen und Kinder gesundheitsgefährdend.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

1. eine*n Vertreter*in des VDI (Verein Deutscher Ingenieure e.V.) in den Umweltausschuss einzuladen, damit er/sie die Möglichkeit erhält, die Richtlinie vorzustellen.
2. der Magistrat wird gebeten, in der ersten Sitzung des Umweltausschusses nach der Sommerpause 2024 die seit langem angekündigte stadtweite Klimaanalyse vorzustellen und zu erläutern oder zumindest den aktuellen Stand darzulegen.
3. der Magistrat möge anhand der ausgewählten Wettbewerbsbeiträge zur Bebauung des Ostfelds (Stadtquartier und BKA-Standort) erläutern, welche konkreten Schlussfolgerungen aus den Klimaanalysen bzw. der neuen VDI Richtlinie zu ziehen sind.

9. 24-F-15-0027

Illegale Müllentsorgung - Kosten für die LHW

- Antrag der Fraktion FWG / Pro Auto vom 19.06.2024 -

Illegale Müllentsorgung ist ein ernstzunehmendes Problem in Wiesbaden, das auch eine finanzielle Belastung für die Stadt und damit den Steuerzahler darstellt. Trotz vorhandener, unserer Ansicht nach ausreichender, Müllentsorgungssysteme entscheiden sich manche Bürger dazu, ihren Abfall bzw. Sperrmüll unsachgemäß zu entsorgen, was zusätzliche Kosten und zusätzlichen Arbeitsaufwand nach sich zieht, zum Beispiel für die Reinigung und Entsorgung des illegal abgelagerten Mülls.

Diese illegale Entsorgung von Abfällen beeinträchtigt nicht nur die Umwelt, sondern auch das Erscheinungsbild der Stadt sowie die Lebensqualität ihrer Bewohner.

Der Ausschuss Umwelt, Klima und Energie möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie viele Fälle im Jahr auftreten und welche Kosten jährlich für illegale Müllentsorgung anfallen.
2. Welche Erfolgsquote die Ermittlung und Verfolgung der Müllsünder hat.
3. Ob es Stadtteile in der Landeshauptstadt gibt, in denen besonders häufig illegal Müll entsorgt wird. Falls ja, um welche Stadtteile handelt es sich?

10. 24-F-16-0005

Klimastress in historischen Parkanlagen

- Antrag der Fraktion BLW-ULW-BIG vom 18.06.2024 -

Laut einer Anfang des Jahres vorgelegten Studie und einem Parkschadensbericht, der sich mit Baumschäden in historischen Parks beschäftigt, sind nur noch 41 Prozent der Bäume in historischen Parkanlagen gesund. Die Studie der TU Berlin hat 62 Parkanlagen in elf Bundesländern untersucht, u.a. auch Wiesbadener Parkanlagen (Warmer Damm, Schloß Biebrich) und einen Parkschadensbericht vorgelegt. Dabei wurde eine eindeutige Verschlechterung der Situation in den letzten Jahren festgestellt.

Durch extreme Wetterphänomene in den Jahre 2017 bis 2019 kam es bereits zu massiven Schädigungen in historischen Parks und Gärten, Astbrüche, Entwurzelungen von Einzelbäumen aber auch das Absterben ganzer Baumgruppen und Baumbestände wurde beobachtet. Die Dürre in den letzten Jahren hat die Situation in vielen Parkanlagen verschärft. Die Anzahl der geschädigten Bäume in den unterschiedlichen untersuchten Parkanlagen schwankt stark. Die Auswirkungen können individuell, d.h. vor allem lokal sehr unterschiedlich bei unterschiedlichen Anlagen sein.

Allerdings weisen laut der Studie die untersuchten historischen Parkanlagen in Wiesbaden bereits 90 bis 100 Prozent geschädigte Bäume auf.

Ein großes Problem ist die Bewässerung, die laut Prof. Dr. Norbert Kühn in den nächsten Jahren umfassend ausgebaut werden müsste. Auch bei der Auswahl neu gepflanzter Bäume sollten die Betreiber der Parkanlagen in Zukunft eher auf fremdländische Zukunftsbaumarten setzen, die den Hitzestress und den Wassermangel besser vertragen als viele einheimische Baumarten.

Die Empfehlungen anlässlich des Parkschadensberichtes sind eine stärkere finanzielle Förderung, regelmäßiges Monitoring, intensive Pflege, Bauverjüngung, eigene Baumschulen und ein spezielles Wassermanagement.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Ist der Landeshauptstadt Wiesbaden der Parkschadensbericht der TU Berlin bekannt?
2. Wie schätzt die das Umweltamt die Situation der Wiesbadener Parkanlagen in Bezug auf Klimastress und den Zustand des historischen Baumbestandes ein?
3. Wie geht die Landeshauptstadt Wiesbaden mit ihren historischen Parkanlagen im Hinblick auf die Herausforderungen des Klimawandels um?
4. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die historischen Parkanlagen in Wiesbaden zu schützen und fit für den Klimawandel zu machen? Welche Maßnahmen sind für die kommenden Jahre geplant?

11. Aktueller Sachstand zu offenen Beschlüssen

11.1 23-F-02-0003

ANLAGE

Zielkonflikt zwischen Förderung der E-Mobilität und dem Erhalt unversehrter Vorgärten

- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.06.2023 -
- Beschluss Nr. 87 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 12.09.2023 -
- Aktueller Sachstand -

11.2 23-F-63-0090

ANLAGE

Nachhaltiges Wassermanagement in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 05.07.2023 -
- Beschluss Nr. 414 der Stadtverordnetenversammlung vom 02.11.2023 -
- Aktueller Sachstand -

11.3 23-F-69-0057

ANLAGE

Gießbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 06.09.2023 -
- Beschluss Nr. 90 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 12.09.2023 -
- Aktueller Sachstand -

12. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 24-V-05-0015

DL 16/24-5

Anpassung der Konzeption "Städtebauliche Entwicklung östlich der Brunhildenstraße" an veränderte Rahmenbedingungen und neue Entwicklungen sowie deren Umsetzung

2. 24-V-36-0004

DL 16/24-8

Umsetzung Europäische Wasserrahmenrichtlinie - Renaturierung Gehrner Bach - Ausführungsvorlage

3. 24-V-36-0015

DL 15/24-7

Protokoll des Klimaschutzbeirates vom 7. März 2024

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Konstanze Küpper
Vorsitzende